

Protokoll

über die 20. Sitzung des Rates der Stadt Springe am Donnerstag, 24. Oktober 2024 um 18:04 Uhr in der Aula im Schulzentrum Süd, Auf dem Bruche 3, 31832 Springe

Teilnehmende:

Ratsvorsitzender

Brezski, Eberhard

Bürgermeister

Springfeld, Christian

Ratsmitglieder

Baatzsch, Brian

Bani Ardalan, Christian

Becker, Tanja

Bennecke, Hendrik

Brenneke-Schiller, Heike

Ellermann, Benjamin

Frädermann, Andreas

Freimann, Heinrich

Galas, Eckart

Gasch, Anton

Groseck, Oliver

Hackert, Thorsten

Henkels, Anette

Herrmann, Udo

Holzmann, Norman

Hüper-Maus, Thomas

Janz, Dirk

Kemper, Margarete

Kohlenberg, Jürgen

Lampe, Uwe

Mariß, Lisa Marie

Meier, Bernhard

Musahl, Katja

ab 18:24 Uhr

Nagel, Klaus

Overesch, Bernd

Reinhardt, Bastian

Reinhardt, Udo

Retzlaff, Antje

Riegelmann, Elke

Schmelzer, Tim

Witte, Björn

Wolff, Reinhard

Zimmermann, Brigitte

Von der Verwaltung

Gebauer, Clemens

Götze, Maik

Kamerau, Tabea

als Protokollführerin

Klostermann, Jörg

Neumann, Michaela

Storch, Daniel

als Anwärter in FD 10

Es fehlen entschuldigt

Blome, Ann-Kristin

Niemetz, Jörg

Tagesordnung

A. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Dr. Brezski begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und nach Benennung der fehlenden Ratsmitglieder die Beschlussfähigkeit fest.

Er erläutert den vorliegenden Antrag der Fraktion Zukunft für Springe zu TOP 3. Dabei sei die Verschiebung der Genehmigung des Protokolls von der 19. Sitzung vom 29.08.2024 vorgesehen. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht solle abgewartet werden.

Herr Wolff begründet seinen Antrag. Ihm sei die Akteneinsicht in die Tonaufzeichnung des Mitschnitts der vergangenen Sitzung verwehrt worden. Aus Sicht der Zukunft für Springe würde das Protokoll nicht vollständig den tatsächlichen Sitzungsverlauf und dessen Inhalt wiedergeben. Er weist auf den vorhergegangenen E-Mailverkehr hin. Ebenfalls sei er in seinem Rederecht eingeschränkt worden. Die Antwort der Kommunalaufsicht sei also abzuwarten. Weiterhin sei die Aufzeichnung der vergangenen Sitzung bis zur Entscheidung aufzubewahren.

Herr Gebauer weist ebenfalls darauf hin, dass das Verfahren bei der Kommunalaufsicht noch nicht abgeschlossen sei und seitens der Verwaltung deswegen eine Verschiebung der Genehmigung des Protokolls unterstützt wird.

Weiterhin versichert er, dass die Aufnahme bis zum Abschluss des Verfahrens nicht gelöscht werde.

Herr Baatzsch verlässt die Sitzung um 18:09 Uhr.

Frau Henkels bittet weiterhin um folgende Korrektur des Protokolls: „Man sei an der Stelle, die zur Diskussion stehe, noch gar nicht in die Tagesordnung eingestiegen, sondern befände noch in der Abstimmung. Deswegen sei der Fragenkatalog von Herrn Wolff an dieser Stelle falsch gewesen.“

Herr Dr. Brezski stellt den Antrag der Fraktion Zukunft für Springe zur Abstimmung.

Folgender Beschluss wird mit **24 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen** und **6 Enthaltungen** gefasst:

Die Genehmigung des Protokolls über die 19. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 29.08.2024 wird verschoben.

Herr Baatzsch nimmt ab 18:12 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Overesch fragt den Vorsitzenden, ob man unbeschadet über TOP 12.1 und TOP 12.2 abstimmen könne, ohne dass die Protokolle der letzten beiden Finanzausschusssitzungen vorliegen. Seiner Meinung entspreche dies nicht der Geschäftsordnung.

Herr Dr. Brezski teilt mit, dass seines Erachtens unbeschadet über die beiden TOPs abgestimmt werden könne.

Herr Gebauer ergänzt, dass das Vorliegen eines Protokolls nicht Voraussetzung für die Beratung im Rat sei.

Anmerkung der Verwaltung:

Die von Herrn Overesch zitierte Norm (§ 20 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Springe (GO)) regelt ausschließlich Geschäftsgang und Verfahren im Verwaltungsausschuss (VA); die Norm gilt nicht für die Verfahren im Rat und seinen Ausschüssen. Gem. § 27 kann der VA unter Aufhebung der Bestimmungen der GO Angelegenheiten beschließen und Beschlussempfehlungen weitergeben. Eines Protokolls bedarf es daher für eine Beschlussfassung im Rat nicht zwingend.

Die Tagesordnung wird sodann genehmigt.

2. Anfragen der Zuhörenden

2.1. Obdachlosenheim

Ein Zuhörer möchte wissen, ob es stimmt, dass in den vergangenen Jahren im Obdachlosenheim durchschnittlich acht bis zehn Obdachlose untergebracht wurden und zehn Plätze für Flüchtlinge freigehalten worden seien. Weiterhin fragt er, ob es richtig sei, dass 3,6 Mio. Euro für das Obdachlosenheim ausgegeben werden sollen.

Frau Neumann erklärt, dass derzeit zehn Gäste in der Obdachlosenunterkunft untergebracht seien. Ob dies dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht, könne an dieser Stelle nicht valide beantwortet werden. „Freihalteplätze“ für Geflüchtete gebe es nicht.

Grund dafür sei, dass es unterschiedliche hygiene- und infektionsrechtliche Anforderungen für Flüchtlingsunterkünfte und Obdachlosenunterkünfte bzw. zur gemeinsamen Unterbringung gebe.

Herr Götze weist weiterhin auf die 3,6 Mio. Euro hin, die der öffentlichen Drucksache zu entnehmen seien.

2.2. Lärmbelastung Wertstoffhof

Ein weiterer Zuhörer möchte wissen, wie hoch die Lärmbelastung von einem Wertstoffhof sein dürfe. Er verweist auf die Information zum Bau einer möglichen Mauer zur Verhinderung der Lärmbelastung.

Herr Klostermann teilt mit, dass aus Schallgutachten bereits Werte bekannt seien.

Planungsrechtlich handle es sich bei dem Bereich um ein Industriegebiet, welches grundsätzliche relativ hohe Lärmwerte vorsehe. Problematisch sei aber, dass die Lärmausbreitung laut Gutachten über dieses Gebiet hinausgehe, und dort auf Wohnnutzung treffe. Es könne eine Lösung sein, an der Quelle des Lärms tätig zu werden. Die Neuplanung zum Wertstoffhof betreibe allerdings die aha und nicht die Stadt Springe.

Herr Götze ergänzt, dass er sich mit FD 18 um das Thema Wertstoffhof kümmere, da mehrere Fachbereiche des Hauses betroffen seien. Er stehe im Austausch mit der Gutachterin, welche die Lärmschutzwand als Kompensationsmöglichkeit sehe.

Neben der Entleerung der Container mit einer Lärmbelastung von bis zu 113 Dezibel gebe es auch weitere Immissionsquellen wie beispielsweise das Entsorgen von Bauschutt oder das Be-

wegen von Containern und daraus resultierende quietschende Rollen, die wiederum eine Schallausbreitung jenseits der 90 Dezibel verursachen würden. Bei der Neuplanung des Wertstoffhofs sei diese Vorgaben zu berücksichtigen. Den Bau einer Lärmschutzwand sei nicht die richtige Lösung. Man stehe bei der Planung allerdings noch am Anfang.

Frau Musahl nimmt ab 18:24 Uhr an der Sitzung teil.

3. Genehmigung des Protokolls über die 19. Sitzung des Rates der Stadt Springe am 29.08.2024 - öffentlicher Teil -

Dieser TOP wurde zu Beginn der Sitzung abgesetzt.

4. Ehrung verdienter Mandatsträger*innen

Herr Dr. Brezski begrüßt Herrn Dr. Arning, den Hauptgeschäftsführer des Niedersächsischen Städtetags, der zur heutigen Ehrung für 25 Jahre kommunalpolitische Tätigkeit vor Ort ist, und übergibt das Wort an Herrn Springfeld. Er teilt mit, dass Frau Schiepanski krankheitsbedingt leider nicht zur Ehrung kommen könne, sodass es am heutigen Abend ausschließlich um die Ehrung von Frau Prof. Dr. Austermann-Haun gehe.

Zunächst spricht Herr Springfeld Frau Prof. Dr. Austermann-Haun seinen Respekt und seine Anerkennung aus und bedankt sich für das ehrenamtliche kommunalpolitische Engagement. Außerdem geht er auf einige Stationen der politischen Tätigkeit von Frau Prof. Dr. Austermann-Haun ein und verweist auf das besondere ehrenamtliche Engagement im Ortsteil Lüdersen und findet für sie weitere persönliche Worte.

Für 25 Jahre kommunalpolitische Tätigkeit wird Frau Prof. Dr. Austermann-Haun der Ehrenring der Stadt Springe verliehen. Außerdem wird ihr die Verleihungsurkunde, eine Blume sowie ein Weinpräsent überreicht.

Die Sitzung wird von 19:29 bis 19:30 Uhr unterbrochen, um der Presse die Möglichkeit für ein Foto der geehrten Mandatsträgerin zu geben.

Herr Dr. Arning bedankt sich zunächst bei Frau Prof. Dr. Austermann-Haun im Namen des Niedersächsischen Städtetags für ihr kommunalpolitisches Engagement und übermittelt die Grüße von dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Nds. Städtetages, Herrn Jürgen Krogmann und Herrn Frank Klingebiel.

Er geht darauf ein, dass schwierigen Zeiten eine gute Arbeit auf kommunaler Ebene wichtig sei. Gerade Ortsräte nehmen dabei eine besondere Funktion als kleinste demokratische Einheit in diesem Staat ein. Für die enge Zusammenarbeit zwischen Politik und den Bürgerinnen und Bürger vor Ort benötigt man Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren. Auffällig sei, dass die Zahl an Hassmails und Bedrohungen gegen gewählte Vertreter*innen zugenommen habe. Dabei sind das die Menschen, die für das tägliche Miteinander sorgen vor allem auch in den Orten und Gemeinden.

Weiterhin verweist er auf die Stationen der politischen Tätigkeit von Frau Prof. Dr. Austermann-Haun seit 1999, auf das besondere ehrenamtliche Engagement im Ortsteil Lüdersen sowie auf die berufliche Karriere.

Anschließend verliest Herr Dr. Arning die Ehrungsurkunde und überreicht diese einschließlich eines Büchergutscheins mit persönlichen Worten an Frau Prof. Dr. Austermann-Haun.

Frau Riegelmann dankt Frau Prof. Dr. Austermann-Haun im Namen der CDU Springe ebenfalls für ihr umfassendes Engagement und überreicht ihr ein Geschenk.

Zuletzt bedankt sich auch Herr Dr. Brezski im Namen des Rates bei Frau Prof. Dr. Austermann-Haun.

5. Mitteilungen der Verwaltung

- 5.1. **Mitteilung aller bewilligten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen und Technischen Umbuchungen seit der letzten Finanzausschusssitzung, Stand 03.09.2024** 131/2021-2026 - 9

Die Mitteilung über alle bewilligten über- und außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen und Technischen Umbuchungen seit der letzten Finanzausschusssitzung wird zur Kenntnis genommen.

- 5.2. **Stellungnahmen zum Bericht über die technische Prüfung der Jahresrechnung nach §§ 155, 156 NKomVG bei der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 2020** 725/2021-2026

Die Mitteilung über die Stellungnahmen zum Bericht über die technische Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2020 wird zur Kenntnis genommen.

- 5.3. **Stellungnahmen zum Bericht über die technische Prüfung der Jahresrechnung nach §§ 155, 156 NKomVG bei der Stadt Springe für das Haushaltsjahr 2021** 746/2021-2026

Die Mitteilung über die Stellungnahmen zum Bericht über die technische Prüfung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2021 wird zur Kenntnis genommen.

5.4. Sachstandsmitteilung zu Beschlüssen, Aufträgen und Finanzen

Es liegen keine weiteren Mitteilungen vor.

6. Einbringung des Haushaltsentwurfs 2025

Die von Herrn Springfeld zur Haushaltseinbringung 2024 gehaltene Rede ist dem Protokoll als **Anlage 1 zu TOP 6** beigelegt.

7. **Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Mitglieder der Ortsräte und sonstiger Ausschussmitglieder der Stadt Springe - 2. Änderungssatzung** 149/2021-2026 - 3

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt die dieser Drucksache als **Anlage** beigelegte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung der Ratsmitglieder, der Mitglieder der Ortsräte und sonstiger Ausschussmitglieder der Stadt Springe.

8. Bereich Personalien

- 8.1. **Versetzung des Beamten Herrn Philipp Strohecker** 752/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Herr Philipp Strohecker wird aufgrund seines Antrages sowie der Einverständniserklärung des zukünftigen Dienstherrn mit Wirkung zum 01. Januar 2025 versetzt.

8.2. Versetzung von Herrn Jens Böhne in den Ruhestand **753/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Herr Stadtoberamtsrat Jens Böhne wird auf seinen Antrag hin gemäß § 37 NBG mit Ablauf des 31. März 2025 in den Ruhestand versetzt.

8.3. Einstellung einer/eines technischen Prüferin/Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt und Berufung zur Prüfperson **755/2021-2026**

Herr Dr. Brezski teilt mit, dass für die Stelle einer/eines technischen Prüferin/Prüfers für das Rechnungsprüfungsamt und Berufung zur Prüfperson durch Fachdienst 11 bereits eine geeignete Bewerberin gefunden worden sei. Dabei handle es sich um Frau Christiane Rudolph.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Die durch die Verwaltung vorgeschlagene Bewerberin/der vorgeschlagene Bewerber wird zum nächstmöglichen Termin als technische Prüfperson des Rechnungsprüfungsamtes in der Entgeltgruppe 12 TVöD eingestellt und zur Prüferin/zum Prüfer bestellt. Bei Nichtannahme wird der nachfolgend in der Reihenfolge festgelegten Person die Stelle angeboten und nach Zusage zur Prüfperson bestellt.

8.4. Beförderung von Frau Jana Malzew zur Stadtamtfrau **757/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Frau Jana Malzew wird gemäß § 20 des Niedersächsischen Beamtengesetzes (NBG) mit Wirkung vom 1. November 2024 zur Stadtamtfrau (Besoldungsgruppe A 11) ernannt.

9. Entlassung von Herrn Dominic Pauer aus dem Ehrenbeamtenverhältnis **759/2021-2026**

Herr Springfeld bedankt sich bei herzlich bei Herrn Pauer für die geleistete Arbeit in der Ortsfeuerwehr Bennigsen und verweist auf die Nachreichung der Entlassungsurkunde.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Rat der Stadt Springe beschließt, Herrn Dominic Pauer auf Grund seines Antrages gemäß § 23 Beamtenstatusgesetz mit Ablauf des 31. Dezember 2024 aus dem Ehrenbeamtenverhältnis zu entlassen.

10. Bereich Planung, Umwelt und Klimaschutz

- 10.1. Zukünftige Prüfung der klimatischen Auswirkung aller politischen Beschlüsse durch die Checkliste "Klimawirkungsprüfung" 733/2021-2026**

Frau Henkels bedankt sich bei Herrn Niemann und Stadnischenko für die Entwicklung des Formblatts zu den klimatischen Auswirkungen und erläutert die Hintergründe des Formblatts hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit der Materialien, des Ausbaus von regenerativen Energien, der Flächenversiegelung, der Kleinklimaverbesserung sowie der Auswirkungen auf die Artenvielfalt.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Zukünftig werden alle Beschlussvorlagen der Verwaltung um den Punkt „Auswirkung auf das Klima“ erweitert. Durch die Checkliste „Klimawirkungsprüfung“ werden alle Projekte und Pläne hinsichtlich ihrer klimatischen Auswirkungen bewertet.

11. Bereich Soziales, Jugend und Gleichstellung

- 11.1. Antrag des Kirchenkreisamtes in Ronnenberg auf Zuschussgewährung für das Jahr 2025 für die Schuldnerberatungsstelle des Diakonieverbandes Hannover-Land für den Bereich Springe 707/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Das Kirchenkreisamt in Ronnenberg erhält ab 2025 einen Zuschuss für die Schuldnerberatungsstelle für den Bereich Springe in Höhe von jährlich 5.500,-- €. Der Betrag ist im Haushalt zu etatisieren.

- 11.2. Antrag des Kinderschutzbundes Springe auf Grundförderung und Zusatzförderung für die Flüchtlingssozialarbeit für das Jahr 2025 714/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Kinderschutzbund Ortsverband Springe erhält im Jahr 2025 für seine Arbeit eine Grundförderung in Höhe von 13.000,-- €.

Zusätzlich wird eine bedarfsabhängige aufstockende Förderung für die Flüchtlingssozialarbeit in Höhe von 6.000,-- € für das Jahr 2025 gewährt.

Sofern der Kinderschutzbund die Flüchtlingssozialarbeit unterjährig beendet, ist dies der Stadt Springe unverzüglich und unaufgefordert anzuzeigen. Bei einer unterjährigen Beendigung erfolgt jeweils nur eine anteilmäßige Förderung nach Monaten.

- 11.3. Kindertagespflege / Zusatzvereinbarung und Ergänzende Vereinbarung für die KiTa-Jahre 2024/2025 bis 2028/2029 716/2021-2026**

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Die Verwaltung wird ermächtigt, die als Anlage zu diesem Beschlussvorschlag beigefügte „Zusatzvereinbarung“ für den Zeitraum vom 01.08.2024 bis

31.07.2029 und die „Ergänzende Vereinbarung Kita-Jahre 2024/2025 bis 2028/2029“ mit der Region Hannover abzuschließen.

11.4. Antrag des Kinderschutzbundes Springe auf Förderung des Programmes „Familienorte“ für das Jahr 2025 718/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Kinderschutzbund, Ortsverband Springe, erhält für das Jahr 2025 für die Fortführung des Projektes „Familienorte“ ergänzend zu den Fördermitteln der Region Hannover und einer Eigenbeteiligung in Höhe von 5.000,-- € einen Zuschuss der Stadt Springe in Höhe von bis zu 5.000,-- €.

Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage des auch bei der Region Hannover einzureichenden Verwendungsnachweises samt Sachbericht.

11.5. Antrag auf Anschubfinanzierung für das Gemeinschaftszentrum Gestorf 728/2021-2026

Herr Reinhardt erläutert das Projekt eines Ehepaars aus Gestorf, bedankt sich für das Engagement und plädiert für Zustimmung der Anschubfinanzierung.

Herr Holzmann kritisiert die Beratungsfolge der Drucksache. Eine Beteiligung des Ortsrates Gestorf wäre wünschenswert gewesen.

Herr Dr. Brezski weist darauf hin, dass das Projekt bei der nächsten Ortsratssitzung in Gestorf vorgestellt werden solle.

Herr Gebauer weist darauf hin, darauf zu achten, ob die Angelegenheit wirklich auf den Ort beschränkt sei oder eine Wirkung habe, die darüber hinaus ausstrahle. Dann wäre die Ortsratsbeteiligung nicht vorgesehen. Man müsse bedenken, dass eine Beteiligung des Ortsrates die Beratung in die Länge ziehen könne. Wenn aber zeitlich genügend Luft sei, könne man das künftig berücksichtigen.

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **1 Enthaltungen** gefasst:

Dem Antrag des Vereins „Familien Verein Calenberger Land e.V.“ auf Übernahme einer Anschubfinanzierung für das Gemeinschaftszentrum in Gestorf in Höhe von 9.840,-- € wird entsprochen und die Mittel über den Haushalt 2025 bereitgestellt. Die Inanspruchnahme erfolgt nur, soweit eine Kofinanzierung durch die Region Hannover nicht realisiert werden kann.

11.6. Umwandlung Ascheplatz in einen Kunstrasenplatz als Teil des Jugend- und Kulturtrails 729/2021-2026

Herr Reinhardt erläutert die Drucksache sowie den geänderten Beschlussvorschlag aus dem SoJuGA.

Herr Frädermann verlässt die Sitzung von 19:11 bis 19:14 Uhr.

Herr Meier gibt zu bedenken, dass der Kunstrasenplatz einen großen Einschnitt in die Beweglichkeit des Vereins FC Springe bedeute, welcher den Platz derzeit gepachtet habe. Auf dem Feld befinde sich derzeit auch die dem Verein gehörende Flutlichtanlage. Es fehle dem Verein

im Winterbetrieb ansonsten an einer Trainingsmöglichkeit. Er plädiert für ein sensibles Herangehen an die Thematik.

Frau Musahl verlässt die Sitzung von 19:14 bis 19:17 Uhr.

Herr Reinhardt teilt mit, dass auch der FC Springe in die offizielle Arbeitsgruppe involviert gewesen sei. Alle möglichen Probleme seien berücksichtigt worden. Er weist außerdem darauf hin, dass man vor der wirklichen Umsetzung zur endgültigen Vereinsnutzung noch keine Regelungen treffen brauche. Ebenfalls seien alle Vereine daran interessiert eine möglichst gute Lösung für alle zu finden.

Herr Herrmann weist darauf hin, dass man keine kostenfreie Nutzung ermöglichen solle und zusätzlich zu definierende Nutzungsvoraussetzungen schaffen solle.

Herr Götze teilt mit, dass der FD 18 in Zusammenarbeit mit Frau Scheffler die Thematik bearbeite. Bekannt sei, dass man natürlich jährliche Unterhaltungskosten habe und nach zwölf Jahren die Oberflächeninvestition ersetzt werden müsse. Die Vollkostenrechnung umfasse die jetzigen Kosten einschließlich der Ersatzkosten in zwölf Jahren. Alles Weitere sei dann Sache der Politik.

Herr Lampe gibt zu bedenken, dass ihm die Kostensteigerung der Folgekosten i.H.v. 250.000,00 € für eine Nutzungsdauer von 10 bis 15 Jahren recht hoch erschiene. Außerdem seien die Gespräche mit IPM abzuwarten bevor eine endgültige Entscheidung getroffen werden könne.

Herr Götze weist auf bekannte Folgekosten hin. Ebenfalls ergebe sich aus der Drucksache sehr genau, woher die Kostensteigerung komme und wie sie sich zusammensetze. In den ersten Annahmen sei man von bestimmten Voraussetzungen ausgegangen, von denen von professioneller Seite abgeraten wurde, sodass man nun zu diesem Ergebnis käme. Weiterhin erläutert Herr Götze das weitere Vorgehen bezüglich des Kunstrasenplatz und die daraus entstehenden Kosten.

Frau Henkels weist außerdem darauf hin, dass es sich bei dem Kunstrasenplatz um eine freiwillige Aufgabe handle und nicht um eine Pflichtaufgabe.

Herr Hüper-Maus betrachtet den Kunstrasenplatz hinsichtlich der Umweltbelastung aus Sicht der Grünen kritisch.

Herr Holzmann stimmt Herrn Herrmann zu. Die von Herrn Herrmann genannten Aspekte seien bei der Kosten-Nutzen-Analyse ebenfalls mit abzuprüfen.

Frau Riegelmann appelliert an die Vereine, die den Kunstrasenplatz künftig nutzen möchten, einen Beitrag durch Fundraising oder andere Projekte zu leisten.

Herr Kohlenberg wünscht sich aus finanziellen Gründen den Verzicht solcher freiwilligen Leistungen. Er beantragt im Namen der Zukunft für Springe die Vertagung der Abstimmung bis zur Vorlage der Kosten-Nutzen-Analyse.

Herr Reinhardt stellt klar, dass die Kosten-Nutzen-Analyse Basis der Beschluss Sache sei. Diese zu vertagen, würde bedeuten, die angedachte Analyse nicht durchzuführen.

Herr Kohlenberg zieht seinen Antrag zurück.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Der Ratsvorbehalt für eine Umsetzung des Kunstrasenplatzes als Element des Jugend- und Kulturtrails wird aufgehoben.

Der Auftrag zur alternativen Prüfung eines Winterrasenplatzes wird nicht weiterverfolgt.

Sofern die Realisierung 2025 erfolgen soll, sind im Haushalt weitere Finanzmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kosten-Nutzen-Analyse zur partiellen Refinanzierung über eine Gebühr/Einnahme für den Kunstrasenplatz vorzulegen.

11.7. Vorratsbeschluss zur Erweiterung der KiTa St. Vincenz um eine Gruppe 730/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Die Verwaltung wird im Rahmen eines Vorratsbeschlusses ermächtigt, mit dem Träger der KiTa St. Vincenz die erforderlichen vertraglichen Vereinbarungen abzuschließen, um die Einrichtung, ohne dass es einer weiteren Beschlussfassung in den politischen Gremien bedarf, um eine Kindergarten- oder eine Krippengruppe zu erweitern. Für die Erweiterung finden die Finanzierungsregelungen aus dem bestehenden Betriebsführungsvertrag vom 16.09.2002 Anwendung. Die hierfür erforderlichen finanziellen Mittel werden ab dem Zeitpunkt der Erweiterung der Einrichtung bereitgestellt.

12. Bereich Finanzen, Wirtschaftsförderung, Personalentwicklung und EDV

12.1. Finanzielle Kompensation in Folge der Abschaffung jeglicher Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2023 308/2021-2026 - 2

Herr Baatzsch stellt die Drucksache kurz vor.

Herr Kohlenberg weist darauf hin, dass die Protokollierung aus dem Finanzausschuss vorliegen müsse. Die ergebe sich aus § 12 der Geschäftsordnung. Die Protokolle aus den letzten beiden Finanzausschüssen würden fehlen.

Ebenfalls ergebe sich aus § 18 der Geschäftsordnung, dass spätestens an dem 3. Freitag nach der Sitzung die Protokolle vorliegen müssten.

Dies sei künftig zu berücksichtigen.

Frau Henkels bezieht sich auf § 18 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Demnach seien Tagesordnungspunkte nur zu behandeln, sofern die entsprechenden Protokolle oder Protokollauszüge vorliegen würden.

Hinweis der Verwaltung:

§ 18 der GO enthält eine solche Formulierung nicht. Hinsichtlich einer solchen Formulierung in § 20 GO siehe oben, Ausführungen zu TOP 1.

Herr Dr. Brezski weist zum Verständnis darauf hin, dass seitens Herrn Overesch zu Beginn eine Frage gestellt worden sei und kein Antrag.

Herr Baatzsch teilt mit, dass der Rat mit Mehrheit entscheiden könne, die GO für einen Punkt auszusetzen und trotzdem die Möglichkeit bestehe sich damit zu befassen.

Herr Hackert weist auf den Minderheitenschutz hin. Demnach sei das Protokoll sehr wichtig.

Herr Gebauer teilt mit, dass man immer bemüht sei, die Protokolle rechtzeitig vorzulegen. Im heutigen Fall sei aber entweder die Vorlage der Protokolle möglich gewesen oder die Vorlage

des fertigen Haushalts. Bisher habe es keine Rüge gegeben und auch der VA hat für sich den Fehler geheilt. Er nehme die Kritik aber mit.

Frau Henkels schlägt vor, die Protokollführung in solchen Situationen künftig anders zu regeln.

Herr Frädermann schlägt vor, dass man dann künftig den Punkt von der Tagesordnung nehme und auf die nächste Sitzung schiebe.

Herr Baatzsch weist auf die jährliche Vorlage der Beschluss Sache hin. Der Inhalt sei bekannt.

Herr Dr. Brezski stellt die Möglichkeiten zum weiteren Vorgehen vor.

Herr Reinhardt beantragt die Abstimmung der TOPs 12.1 und 12.2.

Dem Antrag wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** zugestimmt.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Der durch den Verzicht auf die Erhebung sämtlicher Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2022 ausgelöste Kompensationsbedarf wird in Höhe von 2.070.297,98 EUR festgestellt. Dieser Betrag kann nach aktuellem Stand durch eine 25-jährige Grundsteuererhöhung um 7 Hebesatzpunkte (82.811,92 EUR p.a.) kompensiert werden. Über eine Hebesatzanpassung entscheidet der Rat im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung künftiger Haushaltssatzungen.

12.2. Anpassung des Liquiditätskreditvertrages mit der MVZ Gesundheitshaus Springe GmbH 745/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen** gefasst:

Der Höchstbetrag des im Jahr 2023 abgeschlossenen Liquiditätskreditvertrages zwischen der Stadt Springe und der Medizinisches Versorgungszentrum Gesundheitshaus Springe GmbH wird auf 35.000 EUR erhöht.

13. Bereich Bauen, Technik und Betriebshof

13.1. Darstellung der Baukosten und der Kostennachverfolgung von großen Hochbau-Baumaßnahmen 721/2021-2026

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Format zur Kostenaufstellung und Kostennachverfolgung für Hochbaumaßnahmen, gemäß Anlage 1, wird zum Standardverfahren für alle größeren Hochbaumaßnahmen ab 100.000 € und zum 01.01.2025 verbindlich eingeführt. Gleichzeitig wird der Maßnahmenbegleitbogen für Hochbaumaßnahmen zukünftig nicht mehr verwendet.

13.2. Obdachlosenheim, Aktualisierung Sachstand 749/2021-2026

Herr Freimann stimmt Frau Neumanns Aussagen zu Beginn unter TOP 2.1 zu. Durchschnittlich würden im Obdachlosenheim zwischen sechs und zwölf Obdachlose unterkommen.

Ebenfalls weist Herr Freimann auf die Kostensteigerung hin und gibt aber auch zu bedenken, dass es keine gesetzliche Grundlage für die Ermittlung von Kosten einer solchen Pflichtaufgabe gebe. Auch die kurzzeitige Unterbringung von Flüchtlingen nach gesundheitlicher Prüfung durch die Region Hannover sei in Ordnung. Er plädiert für die Zustimmung.

Dem stimmt auch Herr Lampe zu. Weiterhin seien die aktuellen Zustände in der Unterkunft „unterirdisch“. Er plädiert für den schnellen Bau eines neuen Obdachlosenheims. Der Bedarf bestehe definitiv.

Frau Neumann erklärt, dass der Bedarf nicht vorgegeben werde und es sich bei Beseitigung der unfreiwilligen Obdachlosigkeit um eine Aufgabe der Gefahrenabwehr gem. § 11 NPOG handle. Man müsse also bei Bedarf unverzüglich handeln können. Eine valide Planung daher schwierig.

Herr Freimann und Herr Schmelzer schließen sich den Aussagen ebenfalls an.

Herr Holzmann erfragt die Bedarfsermittlung und Planung.

Frau Henkels weist auf Drucksache 934/2016-2021 hin.

Herr Götze weist darauf hin, dass der Rat damals vorausschauend geplant habe. Die vorgestellte Beschluss Sache sei die Umsetzung dieser Planung.

Herr Reinhardt stimmt der Aussage von Herrn Lampe zu. Er weist darauf hin, dass sich alle einig seien, dass das Obdachlosenheim gebaut werden müsse. Die aktuelle Unterkunft sei menschenunwürdig.

Folgender Beschluss wird mit **35 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

Die weitere Planung und Realisierung der Baumaßnahme soll nach dem aktuellen Planungsstand fortgeführt werden. Die dafür erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel in Höhe von 647.350,22 € werden über die Haushaltseinplanung 2025 ff. berücksichtigt.

14. Bewilligung von über- / außerplanmäßigen Mitteln gem. § 117 NKomVG - vorsorglich -

14.1. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Betriebshofoptimierung (Personalbedarfsbemessung) 742/2021-2026

Herr Hackert und Herr Holzmann verlassen von 19:59 bis 20:02 Uhr die Sitzung.

Herr Kohlenberg weist darauf hin, dass es sich auch hierbei um eine Pflichtaufgabe handle.

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung für die Betriebshofoptimierung (Personalbedarfsmessung) (Produktkonto 57301.78710080) in Höhe von 50.000 € zu.
2. Die Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt durch Minderauszahlungen beim Produktkonto 54101.78720104 (Straßenbau Am Bergfelde, Nordfeld) in Höhe von 50.000 €

14.2. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Straßenbau Bennigsen - 764/2021-13. + 16. BA „Zur Schille“, „Raarangerweg“ und „Süllbergstr.“ 2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung für den Straßenbau Bennigsen - 13. + 16. BA „Zur Schille“, „Raarangerweg“ und „Süllbergstr.“ (Produktkonto 54101.78720125) in Höhe von 70.000 € zu.
2. Die Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt durch Minderauszahlungen beim Produktkonto 54101.78720104 (Straßenbau Am Bergfelde, Nordfeld) in Höhe von 70.000 €.

14.3. Außerplanmäßige Mittelbereitstellung Straßenbau Bennigsen - 8. 765/2021-+ 9. BA „Am Bahnhof“ und „Am Rosenbusch“ 2026

Folgender Beschluss wird mit **33 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

1. Der Rat stimmt einer außerplanmäßigen Mittelbereitstellung für den Straßenbau Bennigsen - 8. + 9. BA „Am Bahnhof“ und „Am Rosenbusch“ (Produktkonto 54101.78720124) in Höhe von 70.000 € zu.
2. Die Deckung dieses Mehrbedarfs erfolgt durch Minderauszahlungen beim Produktkonto 54101.78720104 (Straßenbau Am Bergfelde, Nordfeld) in Höhe von 70.000 €.

**15. Annahme von Spenden
- vorsorglich -**

Herr Holzmann nimmt ab 20:02 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Herr Springfeld verliest die seit der letzten Sitzung des Rates eingegangenen Spenden und bittet um Annahme derselben.

Name	Verwendungszweck	Betrag
Ehepaar Haegeli/Haegeli-Friese	Spende an die Stadt Springe für die Anschaffung eines Spielgeräts (ggf. zusätzliches Mobiliar und/oder Baumbepflanzungen je nach Anschaffungshöhe des Spielgeräts)	15.000,00 €
Gerüstbau Samiez GmbH	kostenlose Zurverfügungstellung einer Kabelbrücke und Erlass der Miete für die Versorgungsleitungen auf dem Festplatz für das Stadtfeuerwehrfest Alvesrode	2.201,50 €
Förderverein der Grundschule am Ebersberg e.V.	Sachspende an die Grundschule am Ebersberg für ein Außenklassenzimmer in Form von Bänken und Tischen	12.801,19 €

Folgender Beschluss wird mit **34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen** und **0 Enthaltungen** gefasst:

Die Spenden des Ehepaars Haegeli/Haegeli-Friese in Höhe von 15.000,00 €, der Gerüstbau Samiez GmbH in Höhe von 2.201,50 € sowie des Fördervereins der Grundschule am Ebersberg e.V. in Höhe von 12.801,19 € werden angenommen.

16. Fragen der Zuhörenden zu den in der Sitzung gefassten Beschlüssen

Herr Hackert nimmt ab 20:03 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Ein Zuhörer möchte wissen, ob der Haushalt in einem nicht-öffentlichen Workshop beraten werde.

Herr Springfeld erklärt, dass der Haushalt öffentlich in den Ausschüssen beraten werde und somit die Öffentlichkeit auch ganz normal beteiligt werde. Es werde zusätzlich ein Workshop zur Abstimmung mit den Mitgliedern des Rates über die Konsolidierungspotenziale geben.

Herr Dr. Brezski und Herr Reinhardt stimmen dem zu. Dies sei ein normaler Vorgang.

17. Anfragen der Ratsmitglieder

17.1. Standort des Wertstoffhofs

Herr Lampe fragt, ob man bei der Suche eines Platzes für den neuen Wertstoffhof die Kernstadt Springe bevorzugt berücksichtige, da in der Kernstadt Springe die meisten Menschen wohnen würden.

Herr Götze antwortet, dass er alle Optionen untersuche.

Herr Lampe erläutert, dass öffentlich kundgetan worden wäre, die Grünanlage möglicherweise auszugliedern. Dies sei ebenfalls ein guter Vorschlag. Es sei weiter daran zu arbeiten den Wertstoffhof und auch die Grünanlage in der Kernstadt zu behalten.

17.2. Digitalisierung der Baudokumentation

Herr Holzmann fragt, ob drüber nachgedacht werde eine elektronische Bauakte oder eine Hybrid-Lösung anzugehen.

Herr Götze bejaht dies. Eine verbesserte Digitalisierung während der Baudokumentation, um Papier zu sparen, werde angestrebt.

17.3. Fördermittelakquisestelle

Herr Holzmann fragt, wie es mit der Fördermittelakquisestelle aussehe.

Herr Götze erläutert, dass die Fördermittelakquisestelle zum FD 18 gehöre und dieser wiederum zum FB IV. Die Findung des FD 18 habe sich leider verzögert, allerdings bestehe nun ein arbeitender und existierender Fachdienst. Ziel sei es nun, die Stelle möglichst schnell zu besetzen.

17.4. KiTa Bennigsen Notbetreuung

Frau Henkels erläutert einen Fall einer Familie, die sich bei ihr gemeldet habe. Diese befinde sich derzeit in einer Notsituation. Die Mutter liege im Krankenhaus, der Vater müsse arbeiten und die ältere Tochter könne nicht zur Schule, da sie auf ihre fünfjährige Schwester aufpassen

müsse. Die örtliche Kita in Bennigsen habe wegen Personalmangel nicht geöffnet und die Notbetreuung stehe der Familie nicht zu. Bei der Stadt habe die Familie bisher niemanden erreichen können. Sie fragt Frau Neumann, wie sie die Situation betrachte und ob mit der Fluxx-Notbetreuung nicht eine Notfallbetreuung möglich wäre.

Frau Neumann erklärt, dass die Situation natürlich nicht akzeptabel sei. Man werde sich um den Fall kümmern, Details seien ihr bisher nicht bekannt.

Frau Riegelmann nimmt den Vorschlag einer bilateralen Klärung der Angelegenheit im Nachgang zur Ratssitzung vor.

Frau Henkels erklärt sich damit einverstanden.

Ende des öffentlichen Teils: 20:15 Uhr